



April 2011

## Schwerpunkt Zentralasien



Liebe Leser,

angesichts der Ereignisse in Nordafrika und dem Nahen Osten findet Zentralasien aktuell wenig Beachtung. Das könnte sich für Europa und die USA langfristig als teurer Fehler herausstellen. Eine Eskalation in dem nördlich an Afghanistan angrenzenden Gebiet würde angesichts des beginnenden Abzugs der NATO-Truppen und des Rohstoffreichtums der Region weit reichende Folgen haben.

Im vergangenen Sommer zeigten die blutigen Unruhen in Kirgisien, wie angespannt die Lage in der dünn besiedelten Region mit ihren 55 Mio. Einwohnern ist. In den fünf zentralasiatischen Staaten (Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan) zerfallen langsam die sozialen Systeme und die Infrastruktur, die größtenteils noch aus Sowjetzeiten stammen. Die heruntergekommene Wirtschaft kann den zahlenreichen jungen Menschen kaum Perspektiven bieten.

Gleichzeitig wächst der Einfluss Chinas. Das Land wird in der rohstoffreichen Region immer aktiver – ähnlich wie in Afrika – und vergibt fleißig Staatskredite zum Bau von Pipelines und für Investitionen in die Industrien vor Ort, um sich den Zugang zu den Ressourcen Zentralasiens zu sichern. Damit die transatlantischen Partner nicht ganz ins Hintertreffen geraten, sollten sie sich dringend mit den Problemen der Region befassen.

Russland wiederum fürchtet Aufstände an seiner südlichen Grenze, denn diese könnten leicht in den volatilen Kaukasus überschwapen. Die transatlantischen Partner sollten auch diese Besorgnis ernst nehmen. Denn es ist der Reichtum an Öl, Gas, Uran und Gold, mit dem sich die korrupten Eliten vor Ort an der Macht halten. Teil des „neuen, großen Spiels“ sind zudem Japan sowie die Türkei und der Iran, deren kulturelle und sprachliche Verwandtschaft zu den turk- und persisch-sprachigen Völkern Zentralasiens sehr eng ist.

Vor diesem geopolitischen Hintergrund erschweren rapide steigende Lebensmittelpreise und die allgegenwärtige Korruption den täglichen Überlebenskampf der Menschen Zentralasiens. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt am Existenzminimum. In Kirgisien hat sich der Weizenpreis im zweiten Halbjahr 2010 um 54% erhöht. Auch in Kasachstan steigen seit Anfang 2011 die Lebensmittelpreise jeden Monat um etwa 20%. Unter den alternden, autoritären Machthabern in der Region wächst die Angst vor sozialen Unruhen ähnlich denen in der arabischen Welt.

Die zentralasiatische Agenda ist also lang und bietet zahlreiche Herausforderungen für Politik und Wirtschaft. Wir hoffen, mit dieser Ausgabe der Global Must Reads eine Navigationshilfe zu geben und wünschen eine anregende Lektüre.

Mit herzlichen Grüßen, Ihre

  
Dr. Johannes Bohnen

&

  
Jan-Friedrich Kallmorgen

### Atlantische Initiative e. V.

Wilhelmstraße 67  
10117 Berlin  
Germany

Tel: +49.30.206 337 88  
Fax: +49.30.246 303 633

www.atlantische-initiative.org  
info@atlantische-initiative.org

### Vorstand

Dr. Johannes Bohnen  
Jan-Friedrich Kallmorgen

### Beirat

Dr. Rudolf Adam  
Dr. Ronald D. Asmus †  
Prof. Dr. Arnulf Baring  
Dr. Christoph Bertram  
Carl-Eduard von Bismarck  
Dr. Philip v. Boehm-Bezing  
Dr. Mark Brzezinski  
Jürgen Chrobog  
Thomas L. Farmer  
Dr. Klaus-Dieter Frankenberger  
Dr. Jeffrey Gedmin  
Prof. Dr. Helga Haftendorn  
Dr. John C. Hulsman  
Dr. Michael J. Inacker  
Dr. Jackson Janes  
Marvin Kalb  
Dr. Walther Leisler Kiep  
Eckart von Klaeden  
Hans-Ulrich Klose  
John Kornblum  
Dr. Charles Kupchan  
Alexander Graf Lambsdorff  
Prof. Dr. Kurt J. Lauk  
Dr. Beate Lindemann  
Heike MacKerron  
Dr. Norbert Otten  
Cem Özdemir  
Ruprecht Polenz  
Avi Primor  
Andrew Rasiej  
Prof. Dr. E. Sandschneider  
Prof. Dr. h.c. Horst Teltchik  
Karsten D. Voigt  
Lord Wallace

### Bankverbindung

Atlantische Initiative e. V.  
Bankhaus Löbbecke AG  
Bankleitzahl: 100 30 500  
Kontonummer: 12 57 95 00

### Registergericht

Amtsgericht Berlin Charlottenburg  
Registernummer: VR 23583Nz

Steuernummer: 27/660/59701  
USt-IdNr.: DE 252416799

## Schwerpunkt Zentralasien

- **Zentralasiens Wirtschaft: Chinesische Invasion in vollem Gange** Seite 3
  - **Wie Zentralasien dem Fluch der Rohstoffe entkommen kann** Seite 3
  - **Afghanistan kann zum Wirtschaftsknoten in Zentralasien werden** Seite 4
  - **Steigende Lebensmittelpreise bedrohen zentralasiatische Regime** Seite 5
  - **Shanghai-Gruppe muss zur Lösung des Afghanistan-Konflikts beitragen** Seite 6
  - **Hilfsorganisationen brauchen neue Strategie für Zentralasien** Seite 6
- 
- **Trends 2011: Schwellenländer reiten auf Chinas Rücken nach oben** Seite 7
  - **Kapitalflüsse in Entwicklungsländer müssen schnell reguliert werden** Seite 8
  - **Vorsicht Europa: Nationalismus ist gefährlich und kontraproduktiv!** Seite 9
- 

## Interessiert an weiteren Themen?

[Registrieren](#) auch Sie sich kostenlos bei unserem englischsprachigen Internet Think Tank [atlantic-community.org](http://atlantic-community.org) und entwickeln Sie zusammen mit den 6.000 anderen Mitgliedern Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung! Lesen Sie Zusammenfassungen der besten weltweiten Pressekommentare zu aktuellen Themen der internationalen Politik und Globalisierung, netzwerken Sie mit politischen Vordenkern in Europa und Nordamerika, und publizieren Sie eigene Meinungsbeiträge und Studien.



[ATLANTIC-COMMUNITY.ORG](http://ATLANTIC-COMMUNITY.ORG)

---

## **Zentralasiens Wirtschaft: Chinesische Invasion in vollem Gange**

Stephen Blank, China's Central Asia Profile Continues Growing, *Jamestown Foundation*, 21.03.2011

Kaum bemerkt von der Weltöffentlichkeit wächst Chinas Einfluss in Zentralasien. Pekings politische und wirtschaftliche Führung hat ihr Augenmerk seit langem auf die rohstoffreiche, dünn besiedelte Nachbarregion gerichtet. Russlands sinkender Einfluss und die unkoordinierte Vorgehensweise der Europäer und US-Amerikaner haben den Chinesen in den zentralasiatischen Hauptstädten Tür und Tor geöffnet. Besonders angesichts zunehmend knapper Rohstoffe sollten die transatlantischen Partner nicht länger die Augen vor dieser schleichenden Invasion Zentralasiens verschließen.

Bisher setzte der Westen auf das tiefsitzende Misstrauen der zentralasiatischen Öffentlichkeit und ihrer politischen Eliten gegenüber dem großen Nachbarn im Osten. Doch wirtschaftliche Zugeständnisse und die ständig wachsende Präsenz Chinas in der Region zeigen, dass dies längst kein Hindernis mehr für das geschäftstüchtige Reich der Mitte ist. In Turkmenistan haben die Chinesen Angebote zum Kauf von so viel Erdgas abgegeben, dass sie Russland als Hauptabnehmer überflügeln würden. Um ein solches Volumen transportieren zu können, müssen neue Pipelines gebaut werden. Die chinesische Staatsbank hat sich bereit erklärt, Turkmenistan die nötigen Kredite zu gewähren. Diese Übereinkunft würde Russlands Einfluss auf den turkmenischen Präsidenten Berdimuhamedow stark mindern. Denn Verkäufe an Moskau sind schon länger ins Stocken geraten, da sich Russen und Turkmenen nicht über Preise einigen können. Auch bei der Zusammenarbeit mit anderen zentralasiatischen Staaten geht es den Chinesen vorrangig darum, sich im Energiebereich besser zu positionieren: Im Gegenzug für Zugang zu Rohstoffen hat Peking der kasachischen Metallindustrie Staatskredite gewährt und versprochen, eine Gas- und Chemiefabrik sowie eine Eisenbahn-Hochgeschwindigkeitsverbindung zwischen Almaty und Astana zu bauen. Außerdem gibt es Spekulationen über Landabtretungen Kasachstans an China. Tadschikistans hat kürzlich bereits 1.000 Quadratkilometer im Pamirgebirge an Peking abgetreten. Umstritten war in der tadschikischen Öffentlichkeit die Nachricht, dass weitere 2.000 Quadratkilometer chinesischen Bauern für Ackerbau überlassen worden sind. Außerdem beabsichtigt China, Kasachstan beim [Bau von Atomkraftwerken](#) zu unterstützen. Angesichts der Ereignisse in Japan ist dies beunruhigend, immerhin ist Zentralasien Erdbebenregion. Zudem hat Kasachstan trotz seiner Uranvorkommen weder das wissenschaftliche Personal, um Reaktoren selbstständig und verlässlich zu betreiben, noch ein ausreichendes Sicherheitsbewusstsein oder Endlager für den radioaktiven Müll.

Die angebotene nukleare Zusammenarbeit zeigt immer deutlicher, dass China bestrebt ist, Russland aus seiner Vormachtstellung in der Region zu verdrängen. Peking hat die finanziellen Ressourcen, um gezielt in den lukrativen Energiesektor und die darniederliegende Infrastruktur in Zentralasien zu investieren. Für die Staaten der Region ist dies eine entwicklungspolitische Hilfestellung, die viele – wenn auch nicht ganz ohne Magengrimmen – begrüßen. Einerseits brauchen die lokalen Eliten dringend die chinesischen Investitionen, um an der Macht zu bleiben. Einige zentralasiatische Wirtschaftsexperten feiern gar das chinesische Modell als besonders nachahmenswert. Andererseits sehen regionale Experten und Teile der Bevölkerung in den neuen Grenzregelungen mit Kasachstan und Tadschikistan expansionistischen Tendenzen des überbevölkerten Chinas auf Kosten ihrer dünn besiedelten und verarmten Region. [Mehr...](#)

## **Wie Zentralasien dem Fluch der Rohstoffe entkommen kann**

Richard Pomfret, Resource Management and Transition in Central Asia, Azerbaijan, and Mongolia, *Peterson Institute for International Economics*, März 2011

Zentralasien läuft Gefahr, ein weiteres Opfer des Rohstofffluchs zu werden: Obwohl die fünf Staaten der Region riesige Erdöl- und Erdgasvorkommen besitzen, geht es mit ihnen seit dem Zerfall der Sowjetunion wirtschaftlich bergab. Ehemalige kommunistische Regime scheinen besonders anfällig für die negativen Auswirkungen des Rohstoffreichtums. Dennoch müssen Ressourcen kein Fluch sein, wenn die richtigen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen gefällt werden.

Bei der Erschließung von Rohstoffquellen geht es im Grunde immer wieder um die gleichen Probleme: Viele Staaten Zentralasiens verfügen über enorme Reserven. Dies

gilt auch für Nachbarländer wie Aserbaidschan und die Mongolei. Es fehlen aber Kapazitäten und Institutionen, um den Abbau zu organisieren und überwachen. Sobald ausländische Firmen ins Land kommen und diese Aufgaben übernehmen, sinkt bei den Eliten vor Ort der Anreiz für institutionelle Reformen. Nur diese können zu einem effektiveren Umgang des Staates mit seinen Naturschätzen führen. Stattdessen geht es der lokalen Oberschicht meist nur noch darum, die Einkünfte aus dem Verkauf der Rohstoffe unter sich aufzuteilen. Die breite Masse der Bürger hat wenig davon und verharrt in bitterer Armut.

Dabei gibt es durchaus regionale Unterschiede, wie ein Vergleich der Baumwollindustrie Usbekistans und Turkmenistans nach der Unabhängigkeit zeigt: Steigende Baumwollpreise nach 1992 erleichterten beiden Staaten den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft ohne eine Reform des politischen Systems. Bis heute zählen beide Staaten zu den autoritärsten der Region. Allerdings benötigt die Baumwolle ein gutes Wassermanagement, Investitionen und permanente Wartung der Bewässerungssysteme. Usbekistan erbt von der Sowjetunion ein gut funktionierendes Wasserwirtschaftsministerium, das auch weiterhin die Instandhaltung der nötigen Infrastruktur gewährleistete. In Turkmenistan hingegen sank das Budget für den Karakum-Kanal, der den Süden des Landes versorgt, im Laufe der 90er Jahre von 3,2 Mio. US-Dollar auf 20.000 US-Dollar. Über zwei Drittel des mit der Wartung betrauten Personals wurde gestrichen. Dies führte zur zunehmenden Versalzung der Böden und Ertragseinbußen. Nur durch den hohen Ölpreisen und die damit verbundene Nachfrage nach turkmenischem Gas verlief die Entwicklung bisher relativ glimpflich.

Eine Möglichkeit, die Regierungen dazu anzuregen, verantwortlicher mit dem natürlichen Reichtum ihrer Länder umzugehen, wäre die Umverteilung der Exporterlöse: Das Geld sollte direkt an die Bürger ausgezahlt werden, anstatt in die Taschen korrupter Beamter oder in intransparente Staatshaushalte zu fließen, die als verdeckte Einnahmequellen herrschender Klans dienen. Der Staat muss dann ohne diese bequemen Einnahmen lernen, effektiver zu arbeiten und sich über Steuern zu finanzieren. Über diese Steuern wiederum ist er dem Bürger als Steuerzahler Rechnung schuldig. Das kann langfristig dazu führen, dass Entscheidungen der Regierenden verantwortlicher (*good governance*) und transparenter gemacht werden und der Ressourcenfluch überwunden wird. [Mehr...](#)

### **Afghanistan kann zum Wirtschaftsknoten in Zentralasien werden**

Andrew Kuchins, A Truly Regional Economic Strategy for Afghanistan, *The Washington Quarterly*, Frühjahr 2011

Da die Obama-Administration bereits dieses Jahr mit dem schrittweisen Abzug der Truppen aus Afghanistan beginnen will, läuft der Weltgemeinschaft die Zeit davon. Militärisch ist das aufrührerische Land am Hindukusch wohl nicht zu befrieden. Was Afghanistan braucht ist eine funktionierende Wirtschaft. Bisherige Anstrengungen konzentrierten sich dabei ausschließlich auf Afghanistan und den Nachbarstaat Pakistan. Eine kluge Wirtschaftsstrategie muss aber Afghanistan regional nach Zentralasien einbinden, um der historischen Rolle des Landes als Handels- und Verkehrsknotenpunkt in der Region gerecht zu werden.

Geographisch gesehen könnte das ansonsten so karge Land kaum besser platziert sein, besonders angesichts des Aufstiegs Chinas. Denn hierdurch gewinnen die alten Handelswege der Seidenstraße wieder an Bedeutung. In Afghanistan kreuzen sich alle Wege: von China nach Europa und in den Nahen Osten, von Zentralasien nach Südasien. Vom Iran aus könnten Güter über Afghanistan in den Westen Chinas gelangen. Schätzungen zufolge könnte Indien bis 2015 über die zentralasiatische Route jährlich Waren im Wert von über 100 Mrd. US-Dollar nach Europa und in den Nahen Osten schicken. Die Landroute zwischen Europa und Asien würde die am dichtesten besiedelten Erdteile miteinander verbinden. Das würde auch den kaspischen Raum und die Schwarzmeerregion stärker einbeziehen und wirtschaftlich beleben. Für Afghanistan aber ließe sich mit den Einkünften aus Zöllen und Steuern die Wirtschaft nachhaltig ankurbeln, nicht zuletzt dank dringend benötigter Infrastrukturinvestitionen. Oft werden die schlechte Sicherheitssituation und die heruntergekommenen Verkehrswege als die größten Hindernisse einer solchen Zukunftsvision genannt. Es stimmt, dass das Verkehrsnetz ungenügend ausgebaut ist, Eisenbahn- und Luftverkehr so gut wie nicht existent sind, noch keine Pipelines das Land kreuzen und das Hochspannungsnetz in den Kinderschuhen steckt. Doch das wirkliche Problem ist der mangelnde politische Wille

zu handeln, obwohl selbst auf afghanischer Seite einzelne Politiker und Experten eine regionale Entwicklungsstrategie befürworten. Für Washington ist alles, was heute als so genanntes *nation building* bezeichnet wird, politisch ein heißes Eisen. Dem US-Steuerzahler sind solche Investitionen angesichts eigener wirtschaftlicher Probleme nur schwer zu vermitteln.

Trotz allem ist eine regionale Wirtschaftsstrategie der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen Situation. Nur die USA sind in der Lage, die unterschiedlichen Interessen der regionalen Mächte durch Vermittlung auf einen Nenner zu bringen. Obama muss sie überzeugen, dass Afghanistan zu einem Zentrum für Transit und Handel in der Region im Sinne einer nachhaltigen regionalen Wirtschaftsentwicklung werden muss. Letztendlich geht es hier auch nicht um Staatsaufbau, sondern darum, die sicherheits- und wirtschaftspolitischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Afghanen genügend Einkünfte haben, um ihren eigenen Staat selbst wiederaufbauen zu können. Gelingt dies nicht, wird die Situation am Hindukusch die internationale Gemeinschaft noch auf Jahrzehnte hinaus verfolgen. [Mehr...](#)

### **Steigende Lebensmittelpreise bedrohen zentralasiatische Regime**

Roman Muzalevsky, Food Security Problems in Central Asia Challenge Local Regimes, *Jamestown Foundation*, 15.03.2011

Bereits Anfang des Jahres warnte die Weltbank vor der bedrohlichen Situation, die sich in Zentralasien aufgrund rapide steigender Lebensmittelpreise anbahnt. Zusammen mit wachsenden Öl- und Transportkosten führen hohe Preise für Grundnahrungsmittel auf dem Weltmarkt zu einem rasanten Anstieg der lokalen Lebenshaltungskosten. Die Stimmung unter den Bevölkerungen ist derart gereizt, dass einige Regierungen in der Region bereits auf strategische Reserven zurückgreifen. Doch nur regionale Kooperation kann die grundlegenden Probleme Zentralasiens lösen.

Bisherige Versuche, die überwältigenden Probleme – massive Armut, ökonomischer und ökologischer Abstieg, Clanwirtschaft und Korruption – durch den wirtschaftlichen Zusammenschluss einzelner Staaten zu lösen, haben sich als wenig effektiv und teilweise kontraproduktiv erwiesen. Beispielsweise hat die Zollunion von Kasachstan, Russland und Weißrussland den Preisanstieg noch verschärft, da sie einen 20%-Anstieg der Zölle für chinesische Einfuhren in Kasachstan nach sich zog. Die politische Opposition sieht in den steigenden Preisen und der Lebensmittelkrise die Hauptgründe für die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen. In den anderen zentralasiatischen Ländern ist es um die Nahrungsmittelsicherheit ebenfalls nicht gut bestellt: Der Selbstversorgungsplan der usbekischen Regierung scheiterte 2010 kläglich. Er zielte darauf ab, das Land unabhängiger von Importen aus Kasachstan zu machen – mit dem Erfolg, dass die Nahrungsmittelpreise im vergangenen Jahr um 100% stiegen, Getreide sogar um 200%. Laut offiziellen Angaben aus Turkmenistan ist dort die Lage um einiges besser: Lebensmittelpreise stiegen lediglich um 25%. In Tadschikistan sind die Preise für Mehl mittlerweile um 80% gestiegen, wobei bedacht werden muss, dass die durchschnittliche Familie dort 60% ihrer Ernährung mit Brotprodukten bestreitet. Das Rahmon-Regime nutzte bereits seine Getreidereserven, um die Preise um 15% zu senken. Im Nachbarstaat Kirgisien haben die politischen Unruhen im vergangenen Sommer die örtliche Nahrungsmittelproduktion verschlechtert. Preise in der Hauptstadt Bischkek stiegen zwar nur um etwa 30% – auf dem Land aber schossen sie um 50 bis 100% in die Höhe.

Sollte es nicht bald gelingen, die Lage in Zentralasien zu entschärfen, dann wären die zwei gewaltsamen Regierungswechsel in Kirgisien innerhalb der vergangenen sechs Jahre und der blutige Adijon-Aufstand in Usbekistan 2005 nur ein Vorgeschmack auf die zukünftige Entwicklung. Um eine Eskalation zu verhindern, müssen sich alle fünf Regime auf regionaler Ebene zusammenschließen und die Kooperation besonders in der Wasserwirtschaft und beim Handel verstärken. Die Landwirtschaft muss dringend diversifiziert werden, um den Wasserverbrauch zu senken. Doch Reformen können nur dann erfolgreich sein, wenn sich alle fünf Regime ernsthaft innenpolitisch daran machen, Korruption und Bürokratisierung zu bekämpfen. Vorrangig muss es darum gehen, die überwältigende Armut zu überwinden, die teilweise mehr als die Hälfte der Bevölkerung in den zentralasiatischen Staaten geißelt. Denn sie birgt enormen sozialen und politischen Sprengstoff. [Mehr...](#)

## **Shanghai-Gruppe muss zur Lösung des Afghanistan-Konflikts beitragen**

Richard Weitz, The SCO's failure in Afghanistan, *Central Asia-Caucasus Analyst*, 13.02.2011

Dieses Jahr feiert die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) ihr zehnjähriges Bestehen. Doch gibt es wirklich Grund zum Feiern? Alle Staaten Zentralasiens – bis auf Turkmenistan – gehören zur SCO, dazu die führenden regionalen Mächte China und Russland. Trotzdem hat sich die SCO bisher kaum an der Lösung des Afghanistan-Konflikts beteiligt. Doch soll das Land am Hindukusch endlich befriedet werden, dann muss sich das ändern.

Im letzten Jahrzehnt hat die SCO ihre Aktivitäten in Afghanistan auf die halbherzige Bekämpfung des Drogenhandels beschränkt. Der UNO überließ sie wohlweislich die undankbare Aufgabe des Wiederaufbaus des kriegsgebeutelten Landes und verlangte gar 2005 den baldmöglichsten Abzug der NATO-Truppen. Doch das Drogenbekämpfungsprogramm ist nicht von ungefähr der Hauptfokus der SCO: Es bildet für die SCO einen gemeinsamen Nenner, auf den sich die Mitglieder verständigen können. Russland zählt beispielsweise 2 Mio. Drogensüchtige, die vom afghanischen Heroin abhängig sind, und beklagt jährlich 30.000 Tote. Seit 2005 ist auch China verstärkt betroffen, da die Verteilungswege seitdem über Pakistan und Zentralasien ins chinesische Landesinnere führen. Als Haupteinfallstor nach China gilt die Provinz Xinjiang, wo laut Peking die Drogen auch zu den wachsenden sozialen Spannungen unter den Uiguren beitragen. Umso merkwürdiger erscheint es, dass die SCO bisher keine gemeinsamen Projekte mit den Afghanen zur Drogenbekämpfung lanciert hat. Denn schließlich stellt die SCO als Wirtschaftsmacht in Bezug auf die Höhe des gemeinsamen BIP die drittgrößte Union weltweit dar, nach der Europäischen Union und den USA.

In ihrem eigenen Interesse ist es höchste Zeit für die SCO, nicht länger nur wortreiche Deklarationen zu Afghanistan abzugeben. Sie muss sich aktiv bemühen, das Land in Zentralasien zu integrieren. Nur durch einen Abbau von Handelsbarrieren kann der legalen afghanischen Wirtschaft wieder auf die Beine geholfen werden. Hier ist es besonders wichtig, in Infrastruktur und Transport zu investieren, damit Afghanistan Vorteile aus seiner geographisch günstigen Lage als Transitland für den Handel zwischen SCO-Märkten und Europa ziehen kann. Bisher läuft der Warenfluss durch afghanische Grenzübergänge aufgrund der vielfachen Sicherheitsmaßnahmen nur stockend. Während dies den legalen Handel stark einschränkt, beeindruckt es illegale Händler wenig. Schmuggler und Terroristen weichen auf unkontrollierte Gebiete aus, um nach Zentralasien und weiter nach China und Russland zu gelangen. Die SCO sollte an ausgewählten Grenzübergängen spezielle Handelszonen einrichten und den restlichen Grenzverlauf besser sichern. Durch vereinfachte Visa- und Zollbestimmungen könnten Händler an diesen Übergängen leichter Zugang zu dem SCO-Raum bekommen. Im Idealfall wäre eine Weiterreise nach Zentralasien nur noch an diesen Grenzposten möglich. Dieser Nadelöhr-Effekt würde es leichter machen, den Schmuggel und illegale Grenzgänger zu kontrollieren. [Mehr...](#)

## **Hilfsorganisationen brauchen neue Strategie für Zentralasien**

Central Asia: Decay and Decline, *International Crisis Group*, 03.02.2011

Das Erbe der Sowjetunion in Zentralasien zerbröckelt – buchstäblich. Straßen und Schulen verfallen, selbst das Humankapital aus der Sowjetzeit stirbt langsam aus. In zehn Jahren wird es kaum noch Ärzte oder Lehrer geben. Dies verstärkt die gesellschaftlichen Spannungen in einer Region, in der das Staatswesen als Mittel zur persönlichen Bereicherung korrupter Eliten dient. Seit drei Jahrzehnten sind Hilfsorganisationen vor Ort, um der Bevölkerung zu helfen – jedoch mit wenig Erfolg. Sie müssen dringend eine neue Strategie entwickeln, damit ihre Hilfe endlich bei den Menschen ankommt und verhindert, dass sich die Lage in dieser strategisch wichtigen Region weiter verschlechtert.

In Zentralasien droht der systemische Kollaps: Die alternde Infrastruktur ist ohne Betreuung durch Spezialisten und regelmäßige Investitionen und Wartung dem Verfall preisgegeben. Besonders der Energiesektor leidet. In Tadschikistan sind die Menschen in strengen Wintern täglich bis zu zwölf Stunden ohne Strom. Die Rahmon-Regierung versucht, durch die Wiederaufnahme von Bauarbeiten an dem Rogun-Staudamm, ein Großprojekt noch aus Sowjetzeiten, die Lage zu entschärfen. Doch um die Bauarbeiten zu finanzieren presst sie der bettelarmen Bevölkerung Zuzahlungen ab. Zudem befindet

sich der Staudamm in einer seismischen Zone, für die im Zeitraum 2013 bis 2015 verstärkte Aktivität vorhergesagt wird. Besonders das stromabwärts liegende Usbekistan fürchtet eine humanitäre Katastrophe, falls der Staudamm brechen sollte. Der eigentliche Konflikt jedoch geht wie so oft in der Region auf Verteilungsmaßnahmen aus der Sowjetzeit zurück. Usbekistan sollte eigentlich Strom an die tadschikische Hauptstadt Duschanbe liefern und im Gegenzug Wasser für seine Baumwollfelder erhalten. Doch die tadschikische Regierung kann aufgrund von Korruption und der schlechten Wirtschaftslage nicht mehr für den Strom zahlen. Daher versucht sie, über Projekte wie den Rogun-Damm selbst Energie aus Wasser zu gewinnen. Doch dieses Wasser fehlt wiederum Usbekistans Wirtschaft. Bedingt durch schlechtes Wassermanagement und den Klimawandel wird in der ganzen Region das kostbare Nass zunehmend knapp, wie der fast ausgetrocknete Aralsee beweist. Mittlerweile errichten autoritäre Herrscher in ihren Hauptstädten Prunkbauten und leben in Saus und Braus. Die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage in der Region und die kollabierenden Sozialsysteme in den einzelnen Staaten lassen eine zahlenmäßig starke, aber desillusionierte und perspektivlose junge Generation heranwachsen. Für den Fundamentalismus ist diese verfahrenere Situation ein dankbarer Nährboden.

Angesichts der sich zusehends verschärfenden Lage bleibt internationalen Hilfsorganisationen nur, ihre Aktivitäten kritisch zu überdenken. Zu oft versickern Hilfsleistungen in den Taschen korrupter Beamter. Eine Studie sollte Hilfsprojekte der letzten 20 Jahre untersuchen und die Resultate öffentlich machen. Die Hilfsorganisationen sollten weitere Investitionen in Projekte an konkrete Bedingungen und Reformen binden und verstärkt auf unabhängige Kontrollgremien setzen. Schlüsselstaaten in der Region wie China und Russland müssen stärker eingebunden werden. Beispielsweise bieten sich regionale Impfprogramme an, um Epidemien zu verhindern. Ein Negativbeispiel war hier die Polioepidemie in Tadschikistan im vergangenen Sommer, durch die sich Russland genötigt sah, Einreiseverbote zu verhängen. Auch sollte Russisch wieder verstärkt als erste Fremdsprache unterrichtet werden, damit es weiterhin als *lingua franca* in der Region dienen kann. Besonders aber muss die Bürgergesellschaft vor Ort aktiver in die Diskussion zu bestimmten Hilfsprojekten und deren Durchführung eingebunden werden. Nur durch größere Transparenz und Beteiligung der Bürger haben Hilfsprojekte in der Region eine Chance, langfristig zur Verbesserung der Lage beizutragen. [Mehr...](#)

---

## **Trends 2011: Schwellenländer reiten auf Chinas Rücken nach oben**

Matthew Hulbert et al., Strategic Global Trends 2011: Key Developments in Global Affairs, *Center for Security Studies*, 18.03.2011

Die Zeichen stehen auf Sturm aus Osten: Für die von Schulden überlasteten USA und die zögerlichen Europäer wird es immer schwieriger, den Mächten zu begegnen, die auf dem Rücken des chinesischen Wirtschaftsaufschwungs nach oben streben. Eine neue Unordnung wird das internationale System beherrschen und für Turbulenzen sorgen. Entscheidungsträger von Washington bis Berlin sollten schnell ihr Weltbild überdenken, um durch koordiniertes Vorgehen mit diesen Entwicklungen Schritt zu halten.

Es ist allem voran der Aufstieg der sogenannten Schwellenländer, der die althergebrachte Ordnung in Frage stellt. Ob China heute noch als Schwellenland bezeichnet werden kann, sei dahingestellt. Länder wie Brasilien und Indien aber generieren nicht mehr nur wirtschaftliches Wachstum, sie sind heute auch zunehmend wichtige geopolitische Spieler. Viele Schwellenländer agieren zwischen den USA, die sie auf dem absteigenden Ast wännen, und dem aufsteigenden China. Staaten aus Afrika, dem Nahen Osten, Zentralasien und Lateinamerika pokern hoch im „Chimerica“-Spiel. Dabei geht es vor allem um die Kontrolle von Rohstoffen. Indien und Brasilien beteiligen sich tatkräftig an dem Spiel, ebenso die Türkei und der Iran. Jedoch zeigen die Unruhen im MENA-Raum (Naher Osten und Nordafrika), dass auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern längst nicht alles eitel Sonnenschein ist. Doch was mehr und mehr zählt ist wirtschaftliche Kraft auf der geopolitischen Bühne: Hier ist es weder um die USA noch um Europa sonderlich gut bestellt. Washington gibt heute 50% mehr für die Verteidigung aus als im Kalten Krieg – trotz des astronomischen Haushaltsdefizits. Auch Europa hat es nicht geschafft, in Zentralasien im Energiebereich Fuß zu fassen, obwohl dies essentiell für die Diversifizierung seiner Energiequellen ist. Die Europäer müssen Proteste auf den Straßen Lissabons und Roms im Zaum halten, anstatt weltweit

schwachen Staaten auf die Beine helfen zu können. Auch werden für Europa die Investitionen aus den Schwellenländern immer bedeutender. Chinas Entscheidung, griechische Anleihen aufzukaufen, war eher eine strategische als eine ökonomische. Für die Europäer ist bei weitem nicht klar ob sie sich einem weiteren Aufstieg Chinas in den Weg stellen können oder sollten.

Die USA werden sich in ihrem Konkurrenzkampf mit dem aufstrebenden asiatisch-pazifischen Raum immer weniger auf die Europäer verlassen können. Dort ist China auf dem besten Weg, den Westen als wichtigster Handelspartner der Region zu verdrängen. Denn es geht den Chinesen letztendlich darum, die Abhängigkeit vom US-Dollar zu senken. Für sie ist es wichtig, die Nachfrage nach ihren Erzeugnissen im eigenen Land und in der Region anzukurbeln. Für die USA sind das keine guten Aussichten: Sobald Peking nicht länger auf die USA als Hauptimporteur seiner Waren setzt, wird es angesichts der vielen US-Staatsanleihen in chinesischer Hand brenzlich. Doch auch die Schwellenländer sind sich untereinander genauso wenig einig wie es der Westen ist. Dies wird die Bildung unterschiedlicher Blöcke verhindern. Allerdings hat die damit einhergehende wachsende Unordnung auf der internationalen Bühne den Nachteil, dass Entwicklungen immer unübersichtlicher und potenziell gefährlicher werden. [Mehr...](#)

### **Kapitalflüsse in Entwicklungsländer müssen schnell reguliert werden**

Yilmaz Akyüz, Capital Flows to Developing Countries in a Historical Perspective: Will the Current Boom end with a Bust? *South Centre*, März 2011

Die Finanzkrise treibt bis heute ungewohnte Blüten im globalen Süden. Dort leiden viele Entwicklungs- und Schwellenländer (*developing and emerging economies, DEE*) unter großen und instabilen Kapitalflüssen aus den hoch entwickelten Volkswirtschaften des Nordens (*advanced economies, AE*). Auf der Suche nach besseren Renditen führt dieses Phänomen zu Kredit- und Immobilienblasen, aber auch zu steigenden Rohstoffpreisen – selbst bei Lebensmitteln. Es ist höchste Zeit, dass die internationale Gemeinschaft finanzpolitisch den Willen aufbringt, diese schädlichen Kapitalflüsse unter Kontrolle zu bringen.

Die Finanzkrise hat zu ganz gegensätzlichen Entwicklungen in DEEs und AEs geführt: In den entwickelten Volkswirtschaften des Nordens erhöhte sie das Risiko von Staats- und Privatbankrotten, während sich im Süden die ärmeren Länder auf einmal mit Kapital überflutet sahen, das vor niedrigen Zinsen aus dem Norden floh. Neben Kredit- und Assetblasen kamen auch ihre Währungen zusehends unter Druck. Daran waren vor allem das stetig wachsende Geldvolumen und die niedrigen Zinssätze in den AEs schuld, mit denen diese versuchten, die Finanzkrise zu überwinden und den Konsum anzuregen. Das Kapital aber floss mehr und mehr in Richtung der wachstumsstarken Entwicklungs- und Schwellenländer, wo höhere Zinssätze lockten. Da die DEE-Länder heute aber relativ ausgeglichene Handelsbilanzen vorweisen, ist dieser hohe Kapitalfluss – laut IMF wird für 2011 ein Volumen von 760 Mrd. US-Dollar erwartet – mehr Fluch als Segen. Denn er treibt Preise in die Höhe und führt in manchen Sektoren zum Entstehen von Assetblasen. Viele der DEE-Länder versuchen nun durch Kapitalkontrollen der Lage Herr zu werden – eine Politik, die selbst der IMF, wenn auch widerstrebend, absegnen musste. Denn zu groß ist die Gefahr, die diese hohen Kapitalflüsse, deren Ende absehbar ist, für die betroffenen Wirtschaften darstellen. Das Einströmen dieser Mengen an Kapital erlaubt Investoren vor Ort, schnelle Profite zu erzielen, Firmen zu übernehmen und die Kontrolle über Rohstoffvorkommen an sich zu reißen. Das Platzen der Blasen, die in den verschiedenen Wirtschaftszweigen (z.B. auf dem Immobilienmarkt) entstehen können, kann zudem ganze Volkswirtschaften in den DEE-Ländern mit in den Abgrund ziehen.

Doch die Regulierung dieser Kapitalbewegungen auf nationalem Niveau ist kaum ausreichend angesichts des globalen Charakters dieser Entwicklung. Kapitalflüsse müssen international dringend besser reguliert werden. Bis das gelingt sollte der globale Süden versuchen, die Finanzmärkte in New York und London zu umschiffen. Er ist momentan besser beraten sich auf den regionalen Ausgleich zwischen Überschuss- und Defizitländern zu konzentrieren. Denn die meisten DEEs haben Leistungsbilanzüberschüsse und sind nicht auf externe Finanzierung aus den AEs angewiesen. Viele haben sogar ihre Überschüsse in den Reservewährungen der AEs angelegt. Gehen die AE-Länder mit Ihren Währungen nicht verantwortungsvoll um, werden instabile Kapitalflüsse das internationale Finanzsystem weiter unter Druck setzen. [Mehr...](#)

## Vorsicht Europa: Nationalismus ist gefährlich und kontraproduktiv!

Jonathan Laurence et al., The Disintegration of Europe, *Foreign Policy*, 28.03.2011

Die politischen Debatten um muslimische Immigranten in Europa wirken teilweise, als wären sie vom Stammtisch abgekupfert. Allerdings ist die Diskussion keineswegs so harmlos, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mag: Europäische Staatsoberhäupter von David Cameron bis Nicolas Sarkozy machen zunehmend gegen den Multikulturalismus der vergangenen Jahre Front. Für Europa als Ganzes ist das jedoch eine höchst bedenkliche Entwicklung, die den sozialen Frieden langfristig untergraben wird. Zudem müssen sich europäische Entscheidungsträger darüber klar werden, wie schädlich und kontraproduktiv sie im Kampf gegen Extremismus und Terrorismus ist.

Losgetreten wurde die Debatte um Immigration und Integration durch den rechtsextremen Populismus, der aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Folge der Finanzkrise wieder salonfähig geworden ist. Hohe Arbeitslosigkeit bringt dem rechten Lager neuen Zuspruch. Der neue Populismus der Anti-Establishment Parteien aber basiert auf einer kategorischen Ablehnung des Islams. Historisch gesehen stammt diese Entwicklung von der Anti-Immigrationsdebatte der 1980er Jahre und ihren Vertretern wie Jean-Marie LePen ab. Die Strömung erhielt durch den Terrorismus Anfang des Jahrtausends neuen Auftrieb. Mit einem Mal war alles suspekt was Kopftuch trug und mit dem Islam zu tun hatte. Heute allerdings besteht ein gravierender Unterschied zu den Anfängen der Bewegung: Die Menschen, die sich als Zielscheibe der Kampagne sehen, sind längst Bürger ihrer unterschiedlichen Gastländer geworden. Sie stellen zwar Minderheiten dar, aber ihre Zahl wächst ständig: Laut Schätzung des PEW Forums wird der Anteil der Muslime in Europa innerhalb der nächsten 20 Jahre von 6% auf 8% steigen. In manchen Ländern wie Belgien, Schweden und Großbritannien wird sich ihre Anzahl verdoppeln. Viele dieser Menschen sind in Europa geboren. Doch nicht die Frage, wie viele Bürger bis zu einem bestimmten Jahr einen muslimischen Hintergrund haben, ist entscheidend, sondern die Art von Bürgern, die sie sein werden. Denn wirklich gefährlich an der gegenwärtigen populistischen Anti-Islam Bewegung ist, dass sie die Betroffenen ausgegrenzt und isoliert. Sie macht damit jahrzehntelange Bemühungen um die Integration der Migranten zunichte. Schlimmer noch: Es hat den Anschein, als hätten Fundamentalisten mit ihrer Behauptung Recht, es fände eine gezielte Kampagne gegen den Islam statt. Dieses Bild spielt den extremistischen Kräften in die Hände.

Nicht zum ersten Mal in der Geschichte führen somit die Auswirkungen einer wirtschaftlichen Krise zu einer politischen Neuorientierung in Europa, die leicht nach hinten losgehen kann. Die Politiker der gemäßigten Volksparteien in Europa müssen der Versuchung widerstehen, sich diesen Populismus anzueignen. Dadurch würden die rechtsextremen Parteien nur angehalten, noch radikalere Forderungen zu stellen, um sich von den Volksparteien abzugrenzen. Die Lage könnte schnell eskalieren, solange die Grundfrage der sozialen Einbeziehung von religiösen Minderheiten ungelöst bleibt. Entscheidungsträger in Europa sollten sich dieser Problematik dringend annehmen, denn ansonsten riskieren sie, dass ein wachsender Anteil ihrer eigenen Wähler zusehends unter den Einfluss transnationaler, fundamentalistischer Bewegungen und fremder Regierungen gerät. [Mehr...](#)

---

Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

ATLANTISCHE INITIATIVE



Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chris Wilcox/Björn Sacknieß

Die Atlantische Initiative arbeitet redaktionell unabhängig.

© Atlantische Initiative e.V. – Wilhelmstraße 67 – 10117 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 246 303 633

Email: [info@atlantische-initiative.org](mailto:info@atlantische-initiative.org)